



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2017

Parteien bleiben wichtig: Volkswille und Expertenwissen

Caramani, Daniele

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-147317>

Newspaper Article

Published Version

Originally published at:

Caramani, Daniele. Parteien bleiben wichtig: Volkswille und Expertenwissen. In: Neue Zürcher Zeitung, 10 February 2017, 10.



KAROLIN KLÜPPEL

FOTO-TABLEAU
Herrin des Hauses
5/6

Karolin Klüppels in den Jahren 2015/2016 entstandenes Fotoprojekt «Dabu» lässt sich als Fortsetzung ihrer Arbeit «Mädchenland» sehen. Während sie dort junge Mädchen vom indischen Stamm der Khasi fotografierte, stehen in «Dabu» Frauen um die Siebzig im Fokus, die dem chinesischen Mosuo-Volk angehören. Was die beiden Kulturen eint, ist die herausragende Stellung der Frau. Beide Gesellschaften sind matrilinear, bei den Khasi ist es sogar die jüngste Tochter, die den Grundbesitz der Familie erbt; in beiden geniessen die Frauen viel Freiheit bei der Partnerwahl. Wichtig ist der 1985 in Kassel geborenen Fotografin, das Selbstbewusstsein dieser Frauen angemessen ins Bild zu setzen; aus dem Porträt der 67-jährigen Asa Pure spricht aber auch die Kargheit und Härte, die ihr Leben prägt.

Volkswille und Expertenwissen

Parteien bleiben wichtig

Gastkommentar
von DANIELE CARAMANI

Populisten behaupten von sich, den Volkswillen zu verkörpern. Technokraten fordern rationale Lösungen für gesellschaftliche Probleme. Nun scheinen aber die Experten, welche die Welt zunehmend vom Populismus bedroht sehen, mit den Populisten einiges gemeinsam zu haben, nämlich das Misstrauen gegenüber repräsentativen Institutionen und gegenüber dem Wettbewerb zwischen politischen Parteien.

Nach Ansicht von Populisten verzerren Parteien den Willen des Volkes. Sie fordern, dass die Politik ausschliesslich vom Willen des Volkes geleitet und nicht durch Gewaltenteilung, Menschenrechte oder internationales Recht eingeschränkt werden sollte. Sie kritisieren die mangelnde Responsivität der Parteien gegenüber den Wählern: Parteien seien elitär, hätten den Kontakt zur Wählerschaft verloren und würden ihre Interessen nicht mehr angemessen vertreten. Parteien haben auf diese Kritik reagiert, indem sie sich den Anforderungen der Mediatisierung unterworfen und ihren Kommunikationsstil angepasst haben.

Technokraten hingegen kritisieren, dass den Parteien das Expertenwissen fehle, gesellschaftliche Probleme zu identifizieren und zu lösen. In ihren Augen reagieren Parteien zu stark auf die Launen der öffentlichen Meinung im Kampf um die Gunst des Wählers. Sie beanstanden, den Parteien gehe es nur um die Macht und um Wählerstimmen. Die Kritik der Technokraten bezieht sich auf die mangelnde Verantwortlichkeit der Parteien – den Unwillen, auch unpopuläre, aber in ihren Augen verantwortliche Lösungen durchzusetzen. Und tatsächlich delegieren Parteien unpopuläre Entscheidungen an Technokraten, um sich ganz dem Wahlkampf widmen zu können.

Hin- und hergerissen zwischen den Forderungen nach mehr Responsivität bzw. mehr Verantwortlichkeit, haben die etablierten Parteien die Orientierung verloren. Das sind schlechte Nachrichten, denn Parteien spielen in der modernen Demokratie eine zentrale Rolle: Sie bündeln die Positionen und Forderungen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, artikulieren deren Interessen und Präferenzen, formulieren politische Programme und ermöglichen den pluralistischen Wettbewerb von Ideen. Populismus und Technokratie hingegen gehen von anderen demokratischen Prämissen aus. Für Populisten ist Demokratie, was vom Volk entschieden wird. Für Technokraten ist Demokratie, was für das Volk gut ist.

Beide gehen also von der Vorstellung aus, dass es ein homogenes Volk und ein einheitliches gesellschaftliches Interesse gibt, dass die Gesellschaft nicht pluralistisch, sondern monolithisch ist. Eine Unterteilung der Gesellschaft in verschie-

dene Gruppen ist schlecht, der Wettbewerb zwischen diesen «Teilen» nicht nur unvorstellbar, sondern falsch. Beide sind antipolitisch, weil Interessen zu definieren und angemessene Lösungen zu finden unumstritten sein sollte. Pluralität von Meinungen ist unnötiges Geschwätz. Die Probleme und ihre Lösungen sind klar. Anders zu argumentieren, ist entweder unehrlich oder unvernünftig.

Beide sind illiberal und undemokratisch, weil die Populisten den Willen der Mehrheit mit dem Willen des Volkes gleichsetzen und die Technokraten sich die Unterstützung der Mehrheit gar nicht erst sichern. Opposition wird als nicht legitim angesehen: im Populismus ist Pluralität auf die Opposition von Volk und Elite reduziert. Die Gegner werden als korrupt dargestellt. In der Technokratie sind die Opponenten irrational. Pluralität beschränkt sich auf den Gegensatz zwischen richtig und falsch.

In beiden Ideologien spielen Instrumente der politischen Rechenschaft wie Wahlen keine grosse Rolle: Im Populismus nicht, weil Populisten die Interessen des Volkes verkörpern. In der Technokratie nicht, weil die Bürger nicht als kompetent angesehen werden, die Leistungen der Experten zu beurteilen. Beide haben dennoch keine gemeinsame Vision: Für Technokraten ist der Gedanke, dass das Volk die Fähigkeit hat, über komplexe Themen zu entscheiden, unvorstellbar. Für Populisten ist die Idee, dass Experten besser wissen, was für das Volk gut ist, ebenfalls ein Tabu.

Demokratie erfordert jedoch ein Austarieren zwischen dem Mandat des Volkes und fachlicher Sachkenntnis, zwischen Responsivität und Verantwortlichkeit. Parteien sind in der Lage, hier ein Gleichgewicht herzustellen. Sie lassen einerseits die Interessen der Wählerschaft in den politischen Prozess einfließen und handeln gleichzeitig verantwortungsvoll in ihrer Rolle als Experten. Sie formulieren gesellschaftliche Visionen, die alle Teile der Gesellschaft ansprechen, rekrutieren und bilden politisches Personal aus, sind mit staatlichen Angelegenheiten vertraut und haben Erfahrung in politischen Kampagnen und politischer Kommunikation. Populismus und Technokratie übersehen diese wichtige Brückenfunktion von Parteien. Leider haben Parteien diese Funktion in ihrem Streben nach Konsens und Regierungsmacht selber vernachlässigt. In diesem Sinne kann die populistische und technokratische Kritik als Korrektiv dienen und Parteien an ihre längst verloren gegangene zentrale Rolle erinnern – nämlich die, den Einklang zwischen Verantwortlichkeit und Responsivität herzustellen.

Daniele Caramani ist Professor für Vergleichende Politikwissenschaft an der Universität Zürich und forscht im Nationalen Forschungsschwerpunkt NCCR Democracy über Populismus.

Wirkungslose Entwicklungshilfe in Afrika

In der Demografie-Falle

Gastkommentar
von MAX AMSTUTZ

Kritiker der Entwicklungshilfe stellen die Frage, warum die Reduktion der Armut in Asien, vor allem in China und in Indien, voranschreitet, während Afrika, das weit stärker am Tropf der internationalen Entwicklungshilfe hängt, weit geringere Fortschritte macht. Angesichts der Tatsache, dass ein Anschwellen des Flüchtlingsstroms aus Afrika, besonders aus Subsahara-Afrika, nicht mehr ausgeschlossen werden kann, ist die Frage mehr als berechtigt. Sie kann ziemlich eindeutig beantwortet werden: Die Wurzeln der anhaltenden Armut in Afrika liegen in der demografischen Situation, die Wohlstandsgewinne vereitelt.

Subsahara-Afrika (SSA) – bevölkerungsmässig ein Koloss von heute einer Milliarde Menschen, die sich bis 2050 mehr als verdoppeln wird – gilt in den Wirtschaftskreisen des Westens gerade wegen dieser hohen Bevölkerungsvermehrung als Eldorado für wirtschaftliches Wachstum. Dieser Glaube verkennt die Realität. Eine rasche Verbesserung der Lebensumstände ist nicht zu erwarten. Denn anders als in den heutigen Entwicklungs- und Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas ist die wichtigste Voraussetzung für signifikantes wirtschaftliches Wachstum, nämlich eine abnehmende Geburtenrate, blockiert.

Die «demografische Transition» ist bisher ausgeblieben. Erst der Übergang von hohen zu niedrigeren Geburtenraten führt zu Wohlstandsgewinnen. Heute beträgt diese Rate in den 54 Ländern von SSA 5 bis 7 Geburten pro Frau, was zu einem Bevölkerungswachstum von 2,5 bis 3,5 Prozent pro Jahr führt (Asien und Lateinamerika 1,1 Prozent).

Getrieben von einer exorbitanten Geburtenrate, «frisst» die starke Zunahme der Bevölkerung in Afrika einen grossen Teil des ohnehin volatilen Wachstums des Bruttosozialproduktes per capita auf – und die Armut bleibt. Demografen weisen darauf hin, dass schon heute jedes Jahr im Minimum 18 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten, um nur gerade die neu ins Erwerbsleben eintretenden arbeitsfähigen Jahrgangskohorten zu versorgen. McKinsey schätzt, dass von 2011 bis 2015 nur 21 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind. Dies zeigt die gewaltige Beschäftigungslücke, wobei der existierende «backlog» – d. h. heutige Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung – zusätzlich zu berücksichtigen ist.

Führende Demografen schätzen, dass eine Reduktion der afrikanischen Geburtenrate auf Weltdurchschnitt Jahrzehnte benötigen wird, falls die Verhütungspraxis nicht intensiviert wird. Die Herausforderung, die sich für Europa daraus ergibt, ist gewaltig. Der zu erwartende Migrationsdruck aus Afrika könnte uns an den Rand eines

wirtschaftlichen und kulturellen Kollapses führen. Wirtschaft und Politik müssen jetzt ein Programm auf die Beine stellen, das die Entwicklungshemmnisse wirksam bekämpft. Es gilt, an den Wurzeln der grassierenden Armut in Afrika anzusetzen – etwas, das die heutige meist verzettelte Entwicklungshilfe kaum erfüllt. Hauptaufgabe muss es sein, Entwicklungshemmnisse in Subsahara-Afrika abzubauen und langfristig zu beseitigen.

Drei Ziele sind prioritär zu berücksichtigen. Erstens: nachhaltige Reduktion der Geburtenrate. Familienplanung müsste massiv und flächendeckend angelegt sein, um Wirkung zu zeigen. Heute fehlt es dazu am Konzept, an Gebergeldern, an Sexualaufklärung, an Beratern und Ärzten, an Verhütungsmitteln. Autokratische Regierungen, die in SAA die Regel sind, stellen sich der Familienplanung oft entgegen. Je mehr manipulierbare Stimmen vorhanden sind, umso besser können sie ihr Regime absichern.

Zweitens: Intensivierung der Bildung und Ausbildung. Es fehlt an finanziellen Mitteln und an Lehrpersonal, aber auch an Motivation der politischen Klasse, weil Unwissenheit des Volkes zu ihrem Meinungsmonopol beiträgt. Ein aufgeblähter Regierungsapparat und Militärausgaben beanspruchen in Afrika einen ungebührlich hohen Anteil des ohnehin kargen Steuersubstrates. Die Alphabetisierungsrate verharrt auf 64 Prozent.

Drittens: bessere Governance: scharfe Bekämpfung der Korruption. Die 54 Staaten von SSA nehmen im globalen Korruptions-Index mit wenigen Ausnahmen Spitzenränge am Ende der Skala ein. Die politische Elite bereichert sich massiv und schamlos.

Das Konzept der Entwicklungshilfe für Afrika muss neu überdacht werden. Es geht um Strukturhilfe gewaltigen Ausmasses. Dazu braucht es eine Bündelung staatlicher Entwicklungshilfe auf globaler Ebene und deren prioritäre Ausrichtung auf eine flächendeckende Bekämpfung der hohen Geburtenrate. Damit verbunden ist eine Aufgabenteilung zwischen staatlicher und privater Entwicklungshilfe. NGO sollen sich weiterhin für dringende Einzelaktionen einsetzen, aber gemeinsam Druck ausüben für eine Koordination der Entwicklungshilfe auf globaler Basis zur Beseitigung der Entwicklungshemmnisse in Afrika.

Sobald das skizzierte Programm greift, werden die Verlässlichkeit der afrikanischen Märkte und das Vertrauen in diese gestärkt und Investitionen aus dem Ausland stimuliert. Dies schafft letztlich wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung. Der Traum vom afrikanischen Wirtschaftswunder kann so langfristig tatsächlich Wirklichkeit werden.

Max D. Amstutz war Geschäftsleitungsmitglied des Zementkonzerns Holcim sowie Präsident von Alusuisse-Lonza, Von Roll und SGS Genf.